

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abzugssatz: Durch unsern Boten
für das Erzgebirge 170 Mark.
Schaltungen nehmen die Anzeiger
und für Auswärts die Postgebühren
ausges. — Erhältlich wöchentlich.
Sonderdruck - Anschlag Nr. 53.
Telegraphische Anzeigergebirge.

Abzugssatz: Die Anzeigergebühren
für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 20.00 Mark, auswärts
Anzeigen 25.00 Mark, Restliche
Anzeige 30.00 Mark. Bei größeren An-
zeigen auf Verlangen Rabatt.
Postfach-Nr. 1000

Nr. 270 Montag, den 20. November 1922 17. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Adlg., M. d. R.

Der junge deutsche Parlamentarismus hat sich eine gewisse Tradition naturgemäß noch nicht zulegen können — auch in anderen Staaten hat dies seinenzeit einer längeren Frist bedurft — nur eine einzige, sehr able Tradition hat sich bis jetzt herausgebildet, die besteht darin, daß regelmäßig zu jeder außenpolitischen Krise eine innenpolitische hinzugeschaffen wird, anstatt die Reihen zu schließen. Diese Erscheinung ist ein schmerzlicher Beweis dafür, wie sehr die innenpolitischen Verhältnisse in der jungen Republik noch der Konsolidierung bedürfen. Fast schien es so, als sollte diesmal den außenpolitischen Schwierigkeiten durch gemeinsame positive Arbeit begegnet werden. Die beiden Antwortnoten an die Entente konnten sich auf eine von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reichende Zustimmung fügen, und allmählich ebneten sich die Wege für ein gemeinsames Programm in wirtschaftlichen Dingen. Es werden noch oft schwere Nachströme kommen, sagte einst Rathenau, und die Regierungskrisis des 14. November gibt ihm recht.

Man wird gut tun, sich im gegenwärtigen Augenblick eines Satzes zu erinnern, den vor Monaten einmal der „Vorwärts“ schrieb und der dem Sinne nach lautet: Die Frage der Regierungsbeteiligung ist für die Sozialdemokratie keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Die Sozialdemokratie handelte jetzt nach diesem Satze. In einem parlamentarisch reifen Volke ist die Frage der Regierungsbeteiligung aber weder eine Sache des Prinzips noch der Taktik, sondern eine Sache des politischen Verantwortlichkeitsgefühls. Gegen dieses Gebot der Verantwortlichkeit verstößt das Verhalten der Sozialdemokratie auf das schärfste aus Gründen der Taktik. Obwohl eine sachliche Arbeitsgemeinschaft zwischen der Volkspartei und der Sozialdemokratie seit den Tagen tatsächlich zu verzeichnen ist, wo sich die Volkspartei positiv an den gesetzgeberischen Arbeiten zum Schutze der Republik beteiligte bis zuletzt, wo beide Parteien hinter der Regierung standen, als sie der Entente ihre Wirtschafts- und außenpolitischen Vorschläge erstattete, lehnte es die Sozialdemokratie doch ab, die an sich selbstverständliche Konsequenz der Mitbeteiligung der Volkspartei an der Regierung zu ziehen, wie sie von den Parteien der Arbeitsgemeinschaft, vom Reichskanzler und vom Reichspräsidenten als ein Gebot der Stunde betrachtet wurde. Der wesentliche Grund für diese Haltung der Sozialdemokratie ist in der Deffektivität dieser viel zu wenig herausgestellt worden; er besteht einfach darin, daß nach der Verschmelzung der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten die vereinte Partei den von links übernommenen Massen den Gedanken einer Zusammenarbeit mit der Volkspartei noch nicht als politische Notwendigkeit zu impulieren vermag. Ein gerechtes Urteil darf freilich auch nicht verschmähen, daß einzelne Volksparteiler selbst diesen politisch-politischen Eingewöhnungsprozess auf Seiten der Sozialdemokratie durch eine unglückliche Taktik erheblich erschwert haben. Ein rücksichtsloses Betonen des grundsätzlichen Arbeitstages, eine brutale Banalotterklärung der Erfüllungspolitik, ein kategorisches Fordern einer sofortigen unmittelbaren, parteimäßigen, und nicht durch wirtschaftliche Köpfe vollzogenen Beteiligung an der Regierung konnten in ihrem Zusammenwirken der Sozialdemokratie die Zustimmung zum Eintritt der Deutschen Volkspartei nicht erleichtern. Daß sie den für diese Beteiligung sich einsetzenden Kanzler gerade jetzt im Stich ließ, war gleichwohl für eine verantwortungsbewusste Partei keine Notwendigkeit; eben weil es sich nur um taktische Ungeschicklichkeit einzelner Personen und nicht um grundlegende Verschiedenheiten in der Auffassung der Parteien handelte.

Zweifellos hat Wirth, auch wenn die ihm nahe-
stehende Presse das nicht zugibt, nicht befürchtet,
von der Sozialdemokratie im gegenwärtigen
Augenblick im Stich gelassen zu werden.
Er hat einst das Wort gesprochen: Bei einer Entschlei-
dung zwischen Regierung und Arbeiterschaft wird man
mich auf Seiten der Arbeiter finden. Er hatte auf Ge-
genseitigkeit gerechnet, aber in der Stunde dieser Ent-
scheidung fand er die Arbeiterpartei nicht an seiner
Seite. Er selbst ist nicht schuldlos, weil auch er eine
Taktik verfolgte, die eine krisenhafte Atmosphäre schaf-
fen mußte. Wenn ich einmal falls, dann sollte ich in
offener parlamentarischer Feldschlacht, so sollte ich
Wirth einst selbst das Wort sein, aber im entscheidenden
Augenblick hat er die offene Feldschlacht nicht gesucht;
hätte er es getan, so würde er als Sieger hervorgegan-
gen sein. Er ließ Raum für Parteiführerdebatten, für
Käuflichkeiten, für Forderungen und Handeln, und so
hard er den weniger zahlreichem Entscheidungsbildern in der
durch seine entschlossene Tat geschaffenen dichten
Kriegslage.

Dem Ausland wie die ganze Regierungskrisis
vorkommen wie das Spektakelstück aus einer
Kinderstube politisch unerzogener Jungen,
die nicht wissen, was sie wollen und lediglich Lust am
Krausen und Bärmachen haben. Derselbe Regierung,
die wenige Tage vorher eine von breiter Mehrheit ge-
tragene positive Vorschlagsnote in die Welt setzen ließ,
bricht ohne daß inwärtigen sachliche Verschiedenheiten
oder Veränderungen eingetreten wären, traitos in sich
zusammen. Wem soll das Ausland in Deutschland noch
trauen? Viel Kapital haben wir auch in dieser Be-
ziehung nicht aufzuweisen. Es war zweifellos ein er-
heblicher Plusfaktor in der politischen Bilanz des Ka-
binetts Wirth, daß es nach und nach den Weg zur Ver-
nunft unserer Feinde gemann. Dieser Befundungsprozess
ist jetzt zunächst unterbrochen; doppelt verhängnisvoll in
einer Zeit, wo wir von dieser Vernunft, selbst wenn sie
nur auf eigenen Egoismus abgestellt ist eine Erleich-
terung des von außen her mit erdrückender Schwere auf
uns lastenden Kreuzes allein als Rettung erwarten kön-
nen. Es wird die wesentlichste Aufgabe der neuen Re-
gierung sein, außenpolitisch das deutsche Volk aus der
Nacht des Winters herauszuführen, die jede Lebensmög-
lichkeit für uns im Felde erstickt, und im Innern die
Nöte und Sorgen des Winters und die wirtschaftlichen
Erschwerungen so zu lindern, daß Staat und Volk von
zerstehenden Erschütterungen verschont bleiben.

Schwierigkeiten in der Regierungsbildung.

Der mit der Bildung des Kabinetts beauftragte
Geheimrat Cuno hat an den Herrn Reichspräsidenten
in den Abendstunden des Sonnabends folgendes Schrei-
ben gerichtet:

Herr Reichspräsident!
Sie haben mir den Auftrag zur Bildung des
Reichskabinetts erteilt, nachdem Ihre persönliche Füh-
lungnahme mit den Parteiführern ergeben hatte, daß
sämtliche Parteien der Arbeitsgemeinschaft und die
Sozialdemokratie auf dem Boden der an die Repara-
tionskommission gerichteten Note vom 18. d. M.
stehen und mir das Vertrauen entgegenbringen, das
neue Kabinett zu bilden. Im Hinblick hierauf habe ich
den Auftrag angenommen in der Absicht, ein Kabi-
nett der Arbeit zu schaffen, das in seiner Zusammen-
setzung der Notwendigkeit sachlicher Führung der Ge-
schäfte entspricht und vom Vertrauen des Reichstags
getragen wird.

Die hierfür erforderlichen Besprechungen mit den
Führern haben ergeben, daß einzelne Parteien nicht
nur Anregungen und Wünsche, sondern Urträge und
Ansprüche vorbringen, die die Zahl der einer Partei
zu entnehmenden Kabinettsmitglieder, deren Person,
deren Ressort, ja sogar die Frage betreffen, ob ein
Mitglied des bisherigen Kabinetts ein anderes Ressort
übernehmen soll.

Damit entfallen die Voraussetzungen, unter denen
ein zu sachlicher Arbeit geeignetes Kabinett gebildet
werden kann. So wenig ich die Notwendigkeit ver-
kenne, eine Zusammenarbeit zwischen Parlament und
Kabinett auch durch dessen Zusammenlegung sicherzu-
stellen, so sehr muß ich ein entsprechendes Gewicht dar-
auf legen, daß die Auswahl der Mitglieder und Des-
serts dem Ermessen desjenigen überlassen bleibt, dem
der Auftrag zur Bildung übertragen worden ist. Da
das zur Zeit nicht der Fall ist, bitte ich, den Auftrag
zur Bildung des Kabinetts in Ihre Hände zurücklegen
zu dürfen, wobei ich nicht verfehlen möchte, für das
Vertrauen zu danken, das mir mit dem Auftrag
geworden ist. Mit der Versicherung ausgezeichneter Ver-
ehrung und Hochachtung bin ich, Herr Reichspräsident,
Ihr ganz ergebener Cuno.

Der Reichspräsident hat die Parteiführer der So-
zialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der
Völkischen und der Deutschen Volkspartei für 7 Uhr
abends zu einer Besprechung zu sich gebeten, die bis in
die späten Abendstunden dauerte.

Ein abschließendes Ergebnis wurde nicht erzielt.
Doch ergab sich aus der Besprechung die Möglichkeit,
daß die auftretenden Schwierigkeiten in der Weise
überwunden werden können, daß die vorgenannten
Parteien auf der Grundlage des von ihnen im Zusam-
menhang mit der deutschen Note an die Reparations-
kommission vom 18. November vereinbarten Program-
mes dem Generaldirektor Cuno freie Hand in der
Auswahl seiner Mitarbeiter lassen und dann die so ge-
bildete Regierung beim Reichstag um die Vertrauens-
stimmungen nachsucht.

Auf dieser Basis würde Generaldirektor Cuno seine
Bemühungen um die Kabinettsbildung mit Aussicht auf
Erfolg fortsetzen können.

Deutscher Reichstag.

Das Wesentliche der sehr kurzen Reichstagsitzung am
Sonnabend war die Geschäftsordnungsdebatte, mit der
sie schloß. Nach Erledigung eines Urtrages auf Verbe-
derung des Branntweinmonopolgesetzes, der an den Aus-
schuß ging, und nach Wenderung der Gewerbeordnung
dahin, daß bei der Veranstaltung von Messen
Bewaltungsbeiträge von den Messebesuchern erhoben
werden können, stand als letzter Punkt die Weiterfüh-
rung der Aussprache über die neue Geschäfts-
ordnung auf der Tagesordnung. Nach kurzer Debatte
wurde vom Zentrum Vertagung beantragt, und
es wurde der Wunsch geäußert, eine Pause eintreten zu
lassen, bis die Regierungsbildung perfekt sei.

In diesem Augenblick erschienen die Vertreter der
demokratischen Fraktion, die von Herrn Cuno empfan-
gen worden waren, wieder im Reichstag, und der Ab-
geordnete Koch — offenbar unter dem Eindruck der Rück-
sprache mit Herrn Cuno — wandte sich sehr nachdrück-
lich gegen eine Vertagung des Reichstages. Er deutete
darauf hin, daß die Möglichkeit entscheiden-
der Beschlüsse bestände und daß der Reichstag
nicht die Verantwortung dafür tragen könne,
wenn durch sein Unwesen das Gelingen der
Reichsbildung der Regierung verweigert wird.
Unter dem Eindruck dieser Erklärung wurde ab-
gestimmt und, trotzdem der notwendig werdende Sam-
melpruch eigentlich Beschlußunfähigkeit des Hauses er-
gab, war die Zahl der gegen eine Unterbrechung der
Tagung stimmenden Abgeordneten so groß, daß Präsi-
dent Hebe sich für berechtigt hielt, die nächste Sitzung
auf Montag nachmittag 5 Uhr anzuberaumen.

Änderung des Landessteuergesetzes.

Im Reichstag lag am Donnerstag der Entwurf des
Gesetzes zur Wenderung des Landessteuergesetzes vom 20.
März 1920 vor. Das Gesetz führt hinfort den Namen
Reichsausgleichsgesetz. Das Gesetz verleiht, die
Not der Länder und Gemeinden mehr als bisher zu lin-
dern. So sind die Länder ermächtigt, eine Fahrzeugs-
steuer zu erheben, eine Getränkesteuer, eine
Schank-Verkehrssteuer, weiter eine Viehsteuer.
Der Anteil der Länder an der Einkommen- und Körpers-
schaftssteuer wird von 2/3 auf 1/2 erhöht. Eine Erhöhung
der Beteiligung an der Umsatzsteuer ist vorgesehen ein-
mal dadurch, daß der Umsatzsteuerertrag von zwei auf
zweieinhalb Prozent erhöht wird, und ferner, daß der
Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer, der bisher
nur 5 Prozent betrug, auf 25 Prozent erhöht wird.
In der Ueberweisung der Steuern an die Länder und
Gemeinden wird deren Wünschen Rechnung getragen.
Das Reich darf fortan den Ländern und Gemeinden
neue Aufgaben nur zuweisen, wenn es gleichzeitig für
die Begleichung die erforderlichen Mittel vorstellt. Was
die Mehraufwendungen der Länder und Gemeinden für
die Besoldungen anbelangt, so werden ihnen vom
Reich als Zuschuß 75 v. H. der über Grundgebühren
hinweggehenden Mehraufwendungen gewährt. Der ab-
richtigende ungedeckte Teil soll einen Sparmaßstabs-
faktor darstellen, der die Länder und Gemeinden veran-
lassen soll, die Zahl der Beamten allmählich herabzu-
setzen. Die Kraftfahrzeugsteuer wird den Län-
dern mit 100 Prozent überwiehen, aber die letzten 50
Prozent nur dann, wenn die Länder und Gemeinden
früher eine Fahrzeugsteuer einführen.

Die Ententebesetzung der Dardanellen.

Reins Vorkonferenz der Alliierten.
Die Zusammenkunft in Territet, von der noch so
viel gesprochen wurde, und für die im Grand-Hotel in
Territet Zimmer nicht nur für Mussolini, sondern auch
für Lord Curzon und Poincare bestellt worden waren,
ist plötzlich abgesetzt worden. Man erzählt, daß Lord
Curzon und Poincares Beratungen in Paris, wie es
heißt: durch Nachgeben von Poincare zu einer voll-
ständigen Einigung geführt haben sollen. Ministerprä-
sident Mussolini ist von der Absage der Vorkonferenz
in Territet verständigt worden.

Curzons Pariser Besprechungen.
In einem kurzen amtlichen Communiqué über die
Beratungen zwischen Lord Curzon und Witterand und
Poincare heißt es: Vertreter Englands, Italiens und
Frankreichs haben am Quai d'Orsay die Fragen, die in
Paris zu verhandeln sind, besprochen. Der Verlauf
hat die vollständige „Verständigung“ bestätigt.
Ein zuständiges französisches Komitee wurde berufen,

ue.
ng
aus
lenen
inder-
ue.
olier)
ann u. ni.
größeren
g. Untert
Lebens-
an die
leinstadt
ge.
ure
n die Ge.
fer
vergütet.
brif,
ede
ter
igung ein
i. So.
en
Belmarbeit
ober Mann
uf von
Nestern
nste gesucht.
eingeschie-
er Betrag f.
inmeldungen
erhalten. Sind
in der Ge-
abzuwerden.
21 Uhr.
iftigung.
t. Auch in
ew. Grf.
E. 5327 an
lalt erbeten.
näre
privatfunds-
täglich
e gesucht.
e melden.
niffe erbet.
akt.
ücke
Brette
ortian
arbeiten.
Erzg.
is 5 Uhr
schlossen.
3 1/2
erpapieren
b. Nr. 47,
telkonto
1/2.